



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Für eine saubere und gesunde Ostsee und saubere und gesunde Meere in Europa!

Der Landtag wolle beschließen:

Die kommende Ostseeparlamentarierkonferenz im August 2007 in Berlin wird sich schwerpunktmäßig mit der neuen Meerespolitik der Europäischen Union befassen. Als Gastgeber hat dabei der deutsche Bundestag die Aufgabe, die organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitungen zu koordinieren. Im Rahmen des letzten Treffens der deutschen Delegation bei der Ostseeparlamentarierkonferenz wurde dabei vereinbart, dass die teilnehmenden Parlamente nach Möglichkeit zur ersten Sitzung des „Extended Standing Committee“ im Jahr 2007 ihre inhaltlichen Wünsche und Vorstellungen für den Entschließungsentwurf einbringen sollen.

Deswegen bittet der Landtag den Vertreter bzw. die Vertreterin des Landtages auf der Sitzung des „Extended Standing Committee“ folgende inhaltlichen Vorgaben auf der Sitzung mit dem Ziel der Aufnahme in die Konferenzentschließung einzubringen und zu vertreten:

1. **Das Ökosystem Meer darf nicht als bloße Wirtschaftsressource betrachtet werden**, sondern verfügt über einen schutzwürdigen Eigenwert.
Das Grünbuch Meerespolitik ist um eine „echte“ Umweltsäule zu ergänzen.
2. **Ostseeraum als Vorbildregion für die Umsetzung des Grünbuchs:**
Für die Umsetzung der im Grünbuch beschriebenen Maßnahmen sollen Europäische Union und die EU-Anrainerländer der Ostsee den Ostseeraum als Vorbildregion etablieren, in dem die Zielvorgaben des Grünbuchs durch zwischenstaatliche Kooperationen in Zusammenarbeit mit der EU bereits bis 2015 umgesetzt werden.
3. **Etablierung eines integrierten Europäischen Küstenzonenmanagements:**
Um die Vernichtung der Fischbestände und der maritimen Biodiversität zu verhindern, ist eine drastische und dauerhafte Reduzierung der Fischentnahme und das Verbot zerstörerischer Fischereipraktiken wie der Grundnetzschlepperei um- und durchzusetzen. Für eine nachhaltige gemeinsame Fischereipolitik benötigen wir Fangquoten, die eine nachhaltige Entwicklung und eine Erholung der Fischbestände ermöglichen. Dabei ist eine konsequente Umsetzung der wissenschaftlichen Empfehlungen hinsichtlich Fangquoten, die Optimierung der Kontrollen und die konsequenten Verfolgung und europaweit einheitliche Bestrafung erforderlich.
4. **Abstimmung der Verkehrsinfrastrukturplanung:**
Eine bislang fehlende Abstimmung der Staaten Europas in Planung und Umsetzung der transeuropäischen Verkehrs-Netze (TEN) führte immer wieder zu absurden Fehlinvestitionen und -subventionen. Die Mitgliedsstaaten der Ostseeparlamentarierkonferenz sind angehalten, durch eine abgestimmte Koordination der TEN-Vorhaben kostenintensiven Fehlplanungen entgegen zu wirken und ein gemeinsames Verfahren für eine koordinierte Verkehrsanbindung in der Modellregion Nord-/Ostseeraum zu entwickeln.
Landanschlüsse zur Versorgung hafenliegender Schiffe mit Strom sollten baldmöglichst von den Mitgliedsstaaten der Ostseeparlamentarierkonferenz als zukunftsfähige und umweltschonende Infrastruktur in ihren jeweiligen Häfen angeboten werden. Dazu sind zügig gemeinsame technische Standards in Zusammenarbeit mit der Kommission zu erarbeiten.

5. Förderung erneuerbarer Energien:

Meeresschutzpolitik ist Klimaschutzpolitik. Kohlendioxidabscheidung und -lagerung im Meer sind aus ökologischer Sicht nicht akzeptabel und sollten ausgeschlossen werden. Eine nachhaltige Meeresschutzpolitik muss sich auf Energieeffizienz und regenerative Energien konzentrieren.

6. Innovationsoffensive „European Clean Ship“:

Schiffsemissionen stellen weiterhin eine der Hauptquellen der Luftverschmutzung in Europa dar. Deswegen muss die EU ihr Engagement für energiesparende und energieeffiziente Technologien wie z.B. alternative Antriebssysteme für die Schifffahrt durch Aufnahme entsprechender Projekte in die Förderbestimmungen des Forschungsrahmenprogramms verstärken. Außerdem sollen gemeinsame Standards für ein ökologisches und effizientes „European Clean Ship“ festgelegt werden.

7. Vereinheitlichung der Standards für wirksame Hafenkontrollen:

Die europäische Hafenkonzurrenz darf nicht dazu führen, dass sich die Häfen in Vorschriften z.B. bezüglich Sicherheits- und Entsorgungsbestimmungen unterbieten. Schadstofffilter für Schiffsmotoren wie sie beispielsweise in Schweden und Norwegen gefordert werden, sollen allgemeiner Standard werden. Im Grünbuch sind konkrete Maßgaben zur Schaffung europäischer überprüfbarer Standards für Motoren, Treibstoffe und andere Sicherheitsbestimmungen für Schiffe und deren Entsorgung mit dem Ziel festzulegen, wirksame Hafenkontrollen nach europaweit einheitlichen Standards durchzuführen.

Detlef Matthiessen
und Fraktion